

Heuss bei Englands Königin

Glanzvoller Empfang — „Die tragischen Ereignisse vergessen“

W. K. London (Eig.-Ber.). Zu einem glänzenden Schauspiel gestaltete sich der Empfang für Bundespräsident Heuss in der britischen Hauptstadt. Nach althergebrachtem Zeremoniell wurde der Präsident von Königin Elizabeth II. und dem Herzog von Edinburgh auf dem Victoria-Bahnhof begrüßt und nach Abschreiten der Front einer Ehrenkompanie von der Monarchin im offenen Staatslandauer durch ein Spalier von Soldaten in leuchtenden Uniformen und die festlich geschmückten Straßen des Londoner Regierungsviertels zum Buckingham-Palast geleitet. Der erste Tag des Staatsbesuches stand im Zeichen des beiderseitigen Willens, die „tragischen Ereignisse des letzten Jahrhunderts“ wie Königin Elizabeth es ausdrückte — zu vergessen und Freundschaftsbände für eine gemeinsame Zukunft des britischen und des deutschen Volkes zu knüpfen. Höhepunkt des Tages bildete ein abendliches Staatsbankett in dem ganz in Weiß und Gold gehaltenen Ballsaal des Buckingham-Palastes, an dem 170 Personen teilnahmen.

Bei dem Staatsbankett im Buckingham-Palast unterstützte Königin Elizabeth den Wunsch des deutschen Volkes nach Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sie sprach ferner den Wunsch aus, daß zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien erneut die „Bande der Freundschaft und des Friedens“ geschmiedet werden, erklärte aber auch, daß „nichts gewisse Taten und Ereignisse in Europa aus unserem Gedächtnis ausmerzen“ kann. Die Bundesrepublik sei glücklich zu schätzen, in Heuss „einen Staatsmann mit so starken Bindungen an die großen liberalen Traditionen der Vergangenheit zu besitzen“.

Bundespräsident Heuss hob in seiner Erwiderung den Anteil Großbritanniens an der Nachkriegsentwicklung in Deutschland hervor, bemerkte aber, daß über dieser Entwicklung der Schatten der Spaltung liege. Niemand in Deutschland werde vergessen, daß „vor zehn Jahren ungezählte britische Piloten halfen, die umklammerte Millionenstadt Berlin vor dem einfachen Verhungern zu retten“. Bundespräsident Heuss lud bei dieser Gelegenheit das britische Königspaar zu einem Gegen-

besuch in der Bundesrepublik ein.

An dem Staatsbankett nahmen etwa 170 Personen teil. An der Stirnseite der mit golde-

nem Geschirr und Besteck gedeckten hufeisenförmigen Tafel saß der Bundespräsident, zu seiner Linken die Königin, zu seiner Rechten Prinz Philip. Neben Prinz Philip hatten Prinzessin Margaret, dann der Erzbischof von Canterbury, die Herzogin von Gloucester und Premierminister Macmillan ihre Plätze. Bundesaußenminister von Brentano saß neben der Königinmutter.

Rote Rosen und rosa Nelken in kunstvollen Arrangements bildeten den Tafelschmuck, der zusammen mit dem goldenen Gedeck, dem Kristall der Gläser und den riesigen Lüstern an der Decke ein prachtvolles Bild bot.

Versuch zur Kirchenspaltung

Kommunistisch inspirierter „Pfarrerbund“ für Jugendweihe

Berlin (epd). Der am 1. Juli gegründete und von den evangelischen Kirchenleitungen mit Zurückhaltung beobachtete „Bund evangelischer Pfarrer in der DDR“ hat in sechs Thesen ein „Wort zur Konfirmationsfrage“ herausgegeben, das im Gegensatz zu kirchenamtlichen Verlautbarungen steht und nach Auffassung kirchlicher Kreise ein Versuch ist, die Einheit der evangelischen Kirche, die an der Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation festhält, von innen her zu sprengen.

In seinen sechs Thesen will der Bund das Verhältnis von Jugendweihe und Konfirmation klären. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß das Jugendweihegelöbnis „nicht als bekenntniswidrig oder dem Konfirmationsgelübde widersprechend angesehen“ werden könne. „Es berührt die unübersteigbare Grenze zwischen

Christentum und Atheismus überhaupt nicht.“ Den Bestrebungen, die Frage der Konfirmation und Jugendweihe vom Standpunkt ihrer Unvereinbarkeit her lösen zu wollen, sei damit die Grundlage entzogen.

Weiter wird in den Thesen erklärt, daß die Konfirmation zwar die „Bestätigung des Taufgelübdes der Eltern und Paten“ sei, „aber in keinem Sinne Wiederholung der Taufe. Wer durch Verschiebung der Konfirmation zeitlich hinter die Jugendweihe zu kommen und diese damit aufzuheben versucht, versteht die Konfirmation als Exorzismus und damit als Quasi-Wiedertaufe. Ein solches Verständnis ist eindeutig bekenntniswidrig.“ Abschließend heißt es wörtlich: „Die Beteiligung an der Jugendweihe kann weder von der Konfirmation ausschließen noch eine bereits erfolgte Konfirmation aufheben.“

Bonn — Moskau

J. B. G. — Nach den Berichten und dem Nachhall der Aussprache, die der Bundeskanzler mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow hatte, liegt die Vermutung nahe, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen einem neuen Tiefstand zueilen. Nun hat es seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen verschiedentlich Tiefpunkte gegeben. Dabei waren öffentliche Meinung und Parteien nicht immer einig darüber, wieweit nicht auch die Bundesregierung dafür verantwortlich zu machen ist. Diesmal ist ein ernsthafter Vorwurf dieser Art in unserem Lande nicht erhoben, jedenfalls nicht bekanntgeworden. Botschafter Smirnow, der sich „trotz allem auch weiterhin als optimistisch“ bezeichnet, sollte diesen Unterschied zur Kenntnis nehmen und an seine Regierung berichten. Es gibt zwischen den Parteien und publizistischen Trägern der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik nun wirklich keinen Meinungsunterschied darüber, daß die ganze Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 bis auf den heutigen Tag nicht möglich gewesen wäre, wenn die Sowjetregierung sie nicht gefördert, gestützt und geschützt hätte.

Dieses Faktum kann man nicht, wie die Sowjets gern möchten, mit der Bemerkung abtun, daß vorbei ist, was vor zehn Jahren geschehen ist. Denn es ist eben nicht vorbei, es besteht heute noch, und in mancher Hinsicht heute schlimmer denn je. Wem an einem besseren Verhältnis Deutschlands auch zum Osten gelegen ist, der ruft nicht gern alte Bitterkeiten ins Bewußtsein. Aber wenn der Vertreter der Sowjetregierung in Bonn meint, mit der Bundesregierung nicht einmal über Verhältnisse in Deutschland sprechen zu sollen oder zu dürfen — und die Sowjetzone ist doch wohl auch noch nach sowjetischer Ansicht Deutschland —, dann muß ihm leider gesagt werden, daß die sowjetischen Panzer keine Einbildung waren, die im Juni 1953 die Pankower „Souveränität“ demonstrierten.

Es ist verständlich, daß der Sowjetregierung die Erörterung der Vorgänge in der Zone mit der deutschen Regierung nicht sympathisch ist. Aber mit der Einstellung, es könne nicht sein, was nicht sein darf, sind die Schwierigkeiten auf dem Wege zur Besserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses nicht aus dem Wege zu bringen. Übrigens steht das Verhalten des sowjetischen Botschafters im Gespräch mit dem Bundeskanzler in einem klaren Widerspruch zu einer Aussage des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in dem Interview des Sonderberichterstatters A. E. Johann („Zeit“, Hamburg) vor vier Wochen. Da nämlich sagte Chruschtschow, daß „die Sowjetunion selbstverständlich alles, was in ihren Kräften steht, tun wird, um bei der Erreichung dieses Zieles (gemeint ist die „Herstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes“) behilflich zu sein“.

Wie dem auch sei, die Frage nach einer Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bleibt bestehen. Und auch das bleibt bestehen, daß keine gute Antwort möglich ist, solange das traurige Schicksal von 17 Millionen Deutschen zwischen beiden Völkern steht. In dem sowjetischen Aide-memoire, das Smirnow dem Kanzler übergeben hat, finden sich viele Vorwürfe feindseliger Gesinnung an die deutsche Adresse. Manches ist an den Haaren herbeigezogen, manches ist Mißverständnis, ob gewollt oder ungewollt, kann dabei offen bleiben. Zugeben muß man, daß im politischen und publizistischen Leben und Sprechen der Bundesrepublik nicht immer genügend unterschieden wird zwischen der Abwehr des Kommunismus und dem Verhältnis zur Sowjetunion als Volk und Staat. Aber auf der anderen Seite tut die Sowjetregierung mit ihren Vorwürfen so, als ob es nicht die geringste verantwortliche Äußerung in der Bundesrepublik gegeben habe und gäbe, die den echten Wunsch nach einem guten und für beide Seiten gezielten Verhältnis zu verbindlichem Ausdruck brächte. In der Berliner Bundestagsitzung am 1. Oktober ist von

allen Sprechern dieser Wunsch ausgesprochen worden. Der Bundeskanzler hat wiederholt seinen eigenen Willen in dieser Richtung präzise formuliert. Wenn das alles von den Sowjets nicht gehört oder nur als tarnende Propaganda gewertet werden sollte, dann wären sie schlecht beraten. Ebenso schlecht wie sie von Ulbricht beraten werden, dessen System das entscheidende Störzentrum ist.

Sicher braucht man nicht zu befürchten, daß sich die Bundesregierung von ihrer verständlichen Gereiztheit davontragen lassen wird. Sowohl Moskau als auch Bonn haben neue Züge im politischen Ringen zu machen. Botschafter Smirnow ist gebeten, sich um neue Instruktionen für das Gespräch mit der Bundesregierung zu bemühen. Die Bundesregierung ihrerseits steht vor der Aufgabe, die sowjetische Note vom 16. September in der Frage des Vier-Mächte-Gremiums für die Behandlung der deutschen Frage zu beantworten. Darüber wird am 28. Oktober noch einmal im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages eine Aussprache mit der Bundesregierung stattfinden. Es gilt eine Antwort zu finden, die betont ruhig und in der Sache konstruktiv ist. Entscheidend ist, daß für ein Vier-Mächte-Gremium, zu dem an sich alle vier Mächte ja gesagt haben, eine Aufgabenstellung gefunden wird, die das Thema „Herstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes“ — so drückte es, wie oben erwähnt, Chruschtschow aus — einschließt und nicht ausschließt. Entscheidend ist weiter, daß für die deutsche Mitwirkung eine Form gefunden wird, die nicht auf die Anerkennung Pankows als zweiter deutscher Staat hinausläuft, aber unsere Mitarbeit gemäß unserer eigenen Verantwortung für das deutsche Schicksal ermöglicht. Ein Weg hierzu bietet sich in der Form deutscher Sachverständiger an. Dieser Weg ist der gegebene, nicht die Konstruktion einer Einrichtung, die in Moskau den Eindruck erwecken könnte, man bekäme uns doch noch weich für die Zwei-Staaten-These, wenn man nur hart und zäh genug ist.

Solidarisch mit der Zonenbevölkerung

Einstimmige Entschließung des Europarates — „Unter totalitärem Druck“

Straßburg (ap/dpa). Die Beratende Versammlung des Europarates hat ihre Solidarität mit allen Deutschen erklärt, die „unter dem totalitären Druck“ des Sowjetzonenregimes leiden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird betont, daß allein die Bundesregierung berechtigt sei, die Interessen der Zonenbevölkerung zu vertreten. Gleichfalls einstimmig appellierte die Versammlung an die Regierungen der 15 Mitgliedstaaten, feierlich zu verkünden, es sei die Hauptsorge der westeuropäischen Länder, daß die unterjochten Völker in Zentral- und Osteuropa sich frei über ihre Regierungsform entscheiden können.

Die Parlamentarier unterstrichen in ihrer Deutschland-Entschließung, daß der Druck des Zonenregimes in den letzten Monaten in allen Lebensbereichen zugenommen habe und die menschlichen Grundfreiheiten

kehr zwischen beiden Teilen Deutschlands sei 1953 im Vergleich zum Vorjahre von sowjetzonaler Seite um 85 Prozent eingeschränkt worden. Auf Grund dieser Tatsachen, so heißt es in der Entschließung, sei die Zahl der Flüchtlinge seit 1946 auf drei Millionen angewachsen.

In der Resolution zu Ost-Europa heißt es, das freie Europa beabsichtige nicht, diesen Völkern ein politisches, kulturelles oder wirtschaftliches Regime irgendeiner Art aufzuzwingen. Die Lage in den neun unter dem Druck der Sowjets stehenden Staaten sei jedoch eine stete Bedrohung für den Weltfrieden.

Die siebentägige Herbstsitzung der Versammlung endete in einer gereizten Atmosphäre. Ein seit Monaten vom Politischen Ausschuß vorbereiteter Resolutionsentwurf zu den Problemen im Nahen und Fernen Osten, Zypern, Island sowie zur Abrüstung erhielt nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit der Versammlung.

mit der amerikanischen Truppenlandung im Libanon gegenüber Bonn erhoben worden waren. Diesmal legt die Bundesregierung den stärksten Nachdruck darauf, daß ihre Politik ausschließlich von friedlichen Absichten geleitet sei. Gerade gegenüber den arabischen Nationen habe die Bundesregierung stets gute und freundschaftliche Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung unterhalten. Die Pflege dieser guten Beziehungen werde auch in Zukunft ein besonderes Anliegen sein.

„Aufgabe für alle“

Bonn (ap). Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler bezeichnete eine „psychologische Verteidigung“ der Bundesrepublik als eine gesamtpolitische Aufgabe, die nicht auf die Bundeswehr und den Bundesverteidigungsminister beschränkt bleiben dürfe. In einem Interview mit dem Parlamentarisch-Politischen Presse-Dienst sagte Erler, die Aufgabe sprengte jede staatliche Zuständigkeit und gehe „jeden einzelnen Staatsbürger“ an. Vielleicht könnte die Bundeszentrale für Heimatdienst der Organisationskern der psychologischen Verteidigung werden. Mit einigen Änderungen, die vor allem auch die Mitwirkung aller demokratischen Kräfte und die parlamentarische Kontrolle voll sicherten, könne man dort zu brauchbaren Ergebnissen kommen.

Kroll bei Gromyko

Bonn (ap). Der deutsche Botschafter in Moskau, Kroll, hatte eine längere Aussprache mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über Fragen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes betonte, es habe sich um ein Routine-Gespräch gehandelt. Die Besprechung habe vertraulichen Charakter gehabt und sei in sachlicher und guter Atmosphäre verlaufen.

systematisch zerstört würden. Die Zonenbevölkerung werde mit allen Mitteln daran gehindert, die Verbindung mit ihren Angehörigen in der Bundesrepublik aufzunehmen. Der Ver-

Weitere Gespräche mit Smirnow

Trotz der Enttäuschung in Bonn — Erneute Note

W. Bonn (Eigenbericht). Trotz des enttäuschenden Ausgangs des Gesprächs mit Sowjetbotschafter Smirnow will die Bundesregierung die diplomatischen Besprechungen mit Moskau über die Zustände in der Sowjetzone fortsetzen. In der „Diplomatischen Korrespondenz“ des Auswärtigen Amtes wird noch einmal die lebhafteste Enttäuschung über das Resultat der Unterhaltung hervorgehoben, zugleich aber auch betont, daß Bundeskanzler Dr.

Adenauer nun nicht etwa seine Versuche aufgeben will. Wenn er sich gleichzeitig an die Weltöffentlichkeit wendet, um ihre Aufmerksamkeit auf die Unterdrückungsmaßnahmen in der Zone zu lenken, so verspricht er sich davon möglicherweise einen gewissen Druck auf die Sowjetregierung.

In einer neuen Note an die Sowjetregierung weist die Bundesregierung noch einmal die Beschuldigungen zurück, die vom Krenl im Zusammenhang

100 000 Flüchtlinge

Berlin (Eigenmeldung). Der 100 000. Flüchtling seit Beginn dieses Jahres ist am Wochenende aus der Sowjetzone in Westberlin eingetroffen. Nach Agenturberichten haben in der letzten Woche 3976 Flüchtlinge im Bundesgebiet oder in Berlin die Notaufnahme beantragt. In der Vorwoche waren es 4747.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Strauß: Rüstung kein Gemüsemarkt

Verteidigungsminister warnt vor Naivität gegen bolschewistische Infiltration

München (dpa). Die Einrichtung einer zentralen Leitstelle für die psychologische Verteidigung hat erneut Bundesverteidigungsminister Strauß verlangt. Die Stelle soll der systematischen Abwehr des Weltbolschewismus in der Bundesrepublik dienen und die Bevölkerung gegen kommunistische Beeinflussung immunisieren.

Er erlebe es täglich in seinem Bereich, meinte der Bundesverteidigungsminister in einem ausgedehnten Gespräch mit Journalisten des Internationalen Presseclubs in München, „mit welchen raffinierten Methoden an der Zersetzung der Truppe gearbeitet wird“. Auch der Bundesgerichtshof habe festgestellt, daß die kommunistische Infiltration in der Bundesrepublik „ein alarmierendes Ausmaß angenommen habe. „Ich bin kein ewiger Pionier des Kalten Krieges“, betonte Strauß, aber seine Meinung, daß der sowjetische Bolschewismus eine expansive Tendenz hat, könne er nicht ändern. Diese Expansion rein militärisch zu sehen, wäre eine „antiquierte Betrachtung“. Die Abwehr müsse vielmehr in allen Bereichen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens erfolgen. Deshalb müsse auch verhindert werden, daß die politischen Parteien der Bundesrepublik von der Sowjetpropaganda gegeneinander ausgespielt werden.

SPD-Parolen mißbraucht

Es sei nicht zu leugnen, daß die Parolen der SPD, „die mit den Zielen der Sowjets bestimmt nichts gemein haben“, von der Sowjetpropaganda wiederholt mißbraucht worden seien. Die Naivität gegenüber den raffinierten Methoden des Kommunismus habe selbst Kreise erfaßt, von denen man dies eigentlich nicht hätte erwarten können. Strauß kritisierte in diesem Zusammenhang den Standpunkt der jungen Unternehmer, „daß die Rüstungspolitik im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft steht“. Man könne dieses Problem „nicht mit den Augen eines Reticheverkäufers auf dem Gemüsemarkt“ sehen. „Wenn der Osten seine Hand nach der Bundesrepublik ausstreckt, würde das Dispositionsvermögen unserer

Wirtschaft über Nacht zerstört, weil die Kapitalflucht einsetzt, die Spartätigkeit aufhört und der Wohnungsbau zum Erliegen kommt.“

Lufthansa nach Kairo

Berlin (dpa). Die Deutsche Lufthansa wird im November einen regelmäßigen Flugdienst nach Kairo einrichten. Die Maschinen starten in Frankfurt am Main und verkehren zu-

nächst einmal wöchentlich. Am 6. November wird donnerstags und samstags ein Luxus-Dienst unter dem Namen „Senator“ von Hamburg über Frankfurt und Düsseldorf nach New York eröffnet. Dabei wird die Strecke Düsseldorf—New York im Non-stop-Flug bewältigt. Der Winterfahrplan sieht außerdem einen Ausbau der deutschen und europäischen Verbindungen vor. Mit dem ersten Turbinen-Propeller-Flugzeug vom Typ Viscount 814 will die Lufthansa vom Dezember an die Strecke Hamburg—Rom befiegen und dadurch die Flugzeit wesentlich verkürzen. Der Flug München—Rom dauert dann 100 Minuten.

„Geheimhaltung schafft Mißtrauen“

München (ap). Bundesverteidigungsminister Strauß hat in München den Presseoffizieren der Bundeswehr Offenheit gegenüber der Presse empfohlen, da übertriebene Geheimhaltung Mißtrauen schaffe, die Bundeswehr aber nur in einer Atmosphäre des Vertrauens ihre Aufgabe erfüllen und auch von außen richtig beurteilt werden könne. Außerdem verstärke die Offenheit die Abschreckung, die der Zweck der kriegsverhindernden Bundeswehr sei. Wer seine militärische Stärke unter einem Tarnschleier verberge, werde keinen Abschreckungseffekt erzielen können. Strauß wies darauf hin, daß nach 1945 durch den berechtigten Kampf gegen den Militarismus auch der „legale Verteidigungswille“ der deutschen Bevölkerung erschüttert worden sei. Er könne nur dadurch wieder aufgebaut und in den richtigen Grenzen gehalten werden, daß man das Interesse einer breiten Öffentlichkeit für die Erfordernisse einer modernen Verteidigung wecke.

Der Minister betonte, die Bundeswehr brauche auch Kritik. Die Presseoffiziere sollten berechnete Kritik ihren Vorgesetzten oder der zuständigen Dienststelle vorlegen und da-

mit eine Abstellung von Übeln anregen. Unberechnete Kritik müsse durch sachliche Information widerlegt werden.

Vollautomatische Blindlandungen im Nebel?

London (ap). Eine neuartige, elektromagnetisch arbeitende Anlage soll es in Zukunft den Piloten von Flugzeugen ermöglichen, ihre Maschinen auch bei dichtestem Nebel sicher zu landen. Die Anlage, die von Fachleuten des britischen Versorgungsministeriums konstruiert worden ist, arbeitet vollautomatisch und entlastet den Piloten weitgehend. Zwei an den Rändern der Rollbahn befindliche elektrische Kabel erzeugen über dieser magnetische Felder, von denen die landende Maschine genau auf die Mittellinie der Rollbahn dirigiert wird. Abweichungen von dieser Mittellinie, die progressive Verminderung der Flughöhe und das Drosseln der Motoren werden automatisch auf die Steuerung der Maschinen übertragen. Bei den herkömmlichen Systemen für Blindlandungen wurden die Piloten vom Kontrollraum über Sprechfunk bzw. durch eine Peilanlage zur Landung eingewiesen, wobei sie jedoch die Maschinen selbst zu steuern hatten.

„Das ist der Weg der Frau von heute...“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht)

Die hohen Zuchthausurteile in Magdeburg und Gera haben der mitteldeutschen Bevölkerung mitten im sogenannten „Wahlkampf“ gezeigt, wie es in der Zone mit der freien Meinungsäußerung bestellt ist. Kritik ist nur mit staatlicher Genehmigung und in dem vom Staat gesetzten Rahmen möglich. Und unter Überzeugungsprozeß versteht die SED einen Unterwerfungsprozeß. An Stelle des Rassenhasses ist der Klassenhaß getreten.

MAGDEBURG

Bericht über die Studenturteile in Magdeburg: „Die Volksstimme“, ein SED-Organ in Magdeburg, schreibt unter der Überschrift „Sie wollten die Akademie auffliegen lassen“: Die Angeklagten waren fest entschlossen, die Akademie zu sabotieren. Sie standen jeder Maßnahme ablehnend gegenüber. Professoren und Studenten wurden diffamiert, bestimmte Vorlesungen planmäßig gestört. Sie dokumentierten ihre Verbundenheit mit den ungarischen Aufständischen. Richteten Morddrohungen gegen fortschrittliche Studenten, waren gegen jede fortschrittliche Tätigkeit, hatten eine panische Angst vor körperlicher Arbeit, sabotierten Ernteeinsätze, traten gegen aktive Angehörige der FDJ-Leitung auf, brachten Gegner in die FDJ-Leitung hinein, verleumdeten Staatsfunktionäre in übelster Weise, lehnten eine Kontrolle ihrer Studientätigkeit ab und versuchten die Aufteilung der Medizinstudenten Greifswald auf Universitäten und Akademien der Zone rückgängig zu machen. Deswegen erhielten sie Zuchthausstrafen von 1 Jahr und 6 Monaten bis zu 2 Jahren und 3 Monaten wegen Schädlingstätigkeit in Tateinheit mit staatsgefährdender Hetze gemäß § 23 des Strafrechts-Erzugungsgesetzes.

DRESDEN

Das ist doch kein Wahlkampf: Selbst Parteimitglieder

hätten den Sinn des Wahlkampfes nicht begriffen, schreibt die Sächsische Zeitung der SED, denn sogar Genossen meinten, daß es wegen der gemeinsamen Liste doch keinen richtigen Wahlkampf gäbe und besondere Anstrengungen nicht nötig wären. — Der Aufbau des Sozialismus habe keinen Zweck, behaupten nach Angaben des Büros der SED-Bezirksleitung Dresden „reaktionäre Führer der Kirche“, die gegen die „DDR“ hetzten. Sie verbreiteten Parolen, „daß der Aufbau des Sozialismus keinen Zweck habe, denn 1960 oder 1961 käme doch der Krieg“.

Hausvertrauensleute werden geschult. Eine regelmäßige Unterweisung der Hausvertrauensleute findet seit dem 15. Oktober in allen Stadtteilen statt. Die Vertrauensleute werden verantwortlich gemacht, daß die Hausgemeinschaften ihre Stimmen in den frühen Morgenstunden des 16. November geschlossen abgeben und eine öffentliche Stimmabgabe verlangen.

GÖRLITZ

Selbstverpflichtungen zur Wahl: Die Traktorenbrigade I der MTS Jänkendorf verpflichtete sich, ihre Stimme am 16. November bis 8 Uhr den Kandidaten der Nationalen Front zu geben. Außerdem wird jeder Kollege zwei Stunden zusätzlich bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften seines Bezirks arbeiten und diesen Lohn dem Solidaritätsfonds zur Verfügung stellen. (Aus diesem Fonds werden die Reisen der FDGB-Funktionäre bestritten, die in die Bundesrepublik fahren, um dort Streiks und Unruhe unter den Wertarbeitern und Ruhrkumpeln anzuzetteln.)

„Freundschaft kennt Grenzen.“ Der kleine Grenzverkehr zwischen Görlitz Ost und Görlitz West ist nach über 13 Jahren „Friedenskampf“ immer noch nicht wiederaufgenommen. Besuche werden nur selten genehmigt. Ein kleiner Grenzverkehr wie von der Bundesrepu-

blik in alle westlichen Länder ist streng verboten.

HALLE

Hausfrauenbrigaden ganz modern: Gegen die Hausarbeit der „Nur-Hausfrauen“ polemisiert die SED-Zeitung „Freiheit“ mit den Worten „Von der Hausklavin bis zur Staatsbürgerin. Das ist der Weg der Frau von heute“. Es sei ein großes Glück, den Kochtopfhorizont zu erweitern und in einer Hausfrauenbrigade mit am Aufbau des Sozialismus zu arbeiten.

Studentin nannte Wahlkampf „Mätzchen“. In einer Lokalspitze der Zeitung wurde die Studentin Traude Ernst von der Martin-Luther-Universität Halle gerügt, weil sie einem Staatsfunktionär gegenüber geäußert haben soll: „Für solche Mätzchen habe ich keine Zeit. Mein Studium steht im Vordergrund.“ Die Studentin war aufgefordert worden, auf einer Wählerversammlungskonferenz mitzuarbeiten.

Keine Handwerker für Reparaturen. Die Bevölkerung von Halle klagt in Leserbriefen, daß es unmöglich sei, Reparaturen von Handwerkern ausgeführt zu bekommen. Das erklärt die SED-Zeitung so: „Im Gegensatz zu früher haben die Handwerker in unserem Arbeiter- und Bauernstaat alle Hände voll zu tun und helfen aktiv mit am Wohnungsbau und an anderen Objekten.“

ROSTOCK

Schonplätze für Kranke. Betriebsbesichtigungen durch Ärztekommisionen sollen stattfinden, bei denen Schonplätze festgelegt werden, auf denen leichterkrankte oder rekonvaleszente Arbeiter eingesetzt werden können. Auf diese Weise will die SED den enorm hohen Krankenstand senken.

Die westlichen Stücke ziehen am meisten: Großer Andrang ist zu beobachten für den Westfilm „Geliebter einer Königin“ im Union-Theater sowie im Schauspielhaus für „Liebeszauber auf Sizilien“.

Konklave-Mauern schließen sich

Die Papstwahlen waren nicht immer angenehm — Ein historischer Rückblick

N. Rom (Eig. Ber.). Die Mauer, die den Zugang auf der Nordseite der Sixtinischen Kapelle verschließen wird, ist bald zwei Meter hoch. Auf dem Gerüst in Cortile della Sentinella stehen zwei Arbeiter des Vatikans und hieven gerade schwindend einen neuen Trog mit Mörtel zu sich herauf. Ein päpstlicher Gendarm stützt sich auf seinen Säbel und schaut gedankenverloren zu.

Die Vorbereitungen zum Konklave sind im vollen Gange. Wenige Tage sind es noch, bis die Kardinäle in der Sixtinischen Kapelle zum ersten Male ihre Stimmzettel in den goldenen Kelch legen werden, um das neue Oberhaupt der katholischen Kirche zu wählen.

Am 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr, wird zum 85. Male seit 1274 nach einem dreifachen Glockenzeichen der Ruf „extra omnes“ ertönen: alle hinaus, die nicht zum Konklave gehören. Dann werden sich die Türen des Konklaues schließen und sich nicht eher wieder öffnen, bis 500 Millionen Katholiken den Namen ihres neuen Pontifex Maximus kennen.

Vor 700 Jahren

Die Vorschriften für die Papstwahl gehen im wesentlichen auf das Dekret „ubi periculum“ zurück, das Papst Gregor X. gegen den Widerspruch der Kardinäle während des Konzils zu Lyon 1274 erließ. Der Papst hatte seine Gründe: war doch bis zu seiner Wahl im Jahre 1271 die Kirche drei Jahre lang ohne Oberhaupt geblieben. Während jenes Konklaues zu Viterbo entstand das den Historikern überlieferte Wort, es wäre Zeit das Dach abzudecken, damit der Heilige Geist zu den Kardinälen gelangen könne. Die Archive des Vatikans enthalten tatsächlich das Dokument, das über diesen Vorgang des Dach-Abdeckens berichtet. Das Konklave zu Viterbo war das längste der Papstgeschichte, und Papst Gregor X. wollte die Christenheit gegen eine Wiederholung dieser dreijährigen Sedisvakanz durch strenge Regeln sichern.

Auch vorher hatte es schon Konklaue, also Einschließungen der Kardinäle zur Papstwahl gegeben, wobei dasjenige von 1241 wohl das unerfreulichste gewesen sein muß. Es war in der Zeit eines „Kampfes um Rom“ zwischen Papsttum und Kaisertum. Auf der einen Seite stand der listenreiche römische Senator Matteo Orsini, ein Vertrauter des 1241 verstorbenen Papstes Gregor X. Sein Gegenspieler war Johann Kardinal Colonna, ein hervorragender Kirchenfürst und ein Parteigänger Kaiser Friedrich II.

„Durch die Ritzen...“

Der Gedanke der Einsperrung ging von Orsini aus. Er wollte die Purpurträger zwingen, einen ihm genehmen Kandidaten zu wählen. Nachdem die Tore des alten Palastes des Kaisers Septimius sich geschlossen hatten, ließ Orsini zunächst die Burg des gegnerischen Kardinals Colonna stürmen. Was sich dann im Konklave zutrug — zu dem die Kardinäle an Händen und Füßen geschleift wurden —, beschrieb vor mehr als 40 Jahren der deutsche Historiker K. Kampe auf Grund eines Briefes, der in dem sogenannten Reimser Manuskript enthalten ist. In diesem Brief erklärt eine Gruppe von Kardinälen, warum sie nicht noch einmal an einem Konklave teilnehmen möchten:

„Oberhalb hausten die bewaffneten Wächter. Durch die Ritzen der Decke herab tropfte eine stinkende Jauche. Bald wurde das Konklave eine Brutstätte der schlimmsten Fieber. Je größer ihre Leiden, desto früher glaubte (Senator Orsini) sie mürbe zu machen.“ Ein Kardinal, Robert von Somercote, erlag dem Fieber. „Keinem der Kardinäle wurde gestattet, an seiner Beerdigung teilzunehmen“, schreibt Kampe. „Fluchend wünschte man ihnen, daß sie möglichst bald dem Bruder ins Grab folgen möchten.“ Zwei andere Kardinäle erkrankten lebensgefährlich. Erst nach 18 Monaten endete die Leidenzeit der Kardinäle. Sie wählten Goffredo Castiglioni, der jedoch — vermutlich infolge

von Krankheit und Entbehrung — schon 12 Tage nach seiner Krönung starb.

Seit dem Dekret Gregor X. haben die Papstwahlen meist nur wenige Tage oder Wochen, höchstens einige Monate gedauert. Nur einmal noch, am Ende des 13. Jahrhunderts, als die Pest in Rom wütete, waren die Kardinäle ein ganzes Jahr eingeschlossen, ehe sie Nikolaus IV. wählten.

Die Wahlordnung hat inzwischen noch eine ganze Reihe von Ergänzungen erfahren. Die letzten Reformen für die Zeit der Sedisvakanz wurden von dem verstorbenen Papst Pius XII. durch die „constitutio apostolica“ 1945 eingeführt. Im Jahre 1922 waren noch 14 Wahlgänge nötig, bis Achille Kardinal Ratti zum Papst Pius XI. gewählt worden war. Das Konklave dauerte vier Tage. Die Druckerei des Vatikans hatte 6000 Stimmzettel vorbereitet, genug für eine dreimonatige Wahlversammlung. Die Wahl Papst Pius' XII. erfolgte binnen 22 Stunden, nach drei Wahlgängen. Sie war eine der kürzesten der Papstgeschichte.

In der römischen Kurie erwartet man, daß auch das kommende Konklave nur wenige Tage dauern wird.

Um Heuss-Nachfolge

W. Bonn (Eig. Ber.). Die Frage, wer im September kommenden Jahres als Nachfolger von Prof. Heuss Bundespräsident werden soll, ist für die Bonner Politiker überraschend aktuell geworden. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat im Ältestenrat mitgeteilt, daß er die Bundesversammlung, die den neuen Bundespräsidenten wählt, schon für den 1. Juli 1959 nach Berlin einberufen will. Bisher hatte man angenommen, die Wahl werde erst im September stattfinden. Die Parteien hatten sich daher nicht beeilt, sich über die Nachfolgerfrage schlüssig zu werden.

Sie hören begeistert zu

Westliche Klänge in Warschau — Von Fred K. Prieberg

Der Entschluß des jungen Schriftstellers Marek Hlasko, nicht mehr nach Warschau zurückzukehren, da dort der politische Druck eine freie Arbeit unmöglich mache, hat die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Situation der Kultur in Polen gelenkt. Die Eindrücke eines westlichen Besuchers vom Warschauer Musikfest, die wir hier veröffentlichen, mögen deshalb als Vergleich recht aufschlußreich sein.

Für den unbefangenen westeuropäischen Betrachter ist Polen ein Land der Gegensätze und Rätsel, trotz allem aber ein vertrautes Land. Geistige Bindungen an den Westen bestimmen die polnische Kultur, und seit der politischen Neuorientierung im Oktober 1956 hat, so scheint es im Lande, beachtliche Freizügigkeit den harten Kurs der bislang im ganzen Ostblock uniformen Kulturpolitik aufgeweicht. Natürlich läßt sich die künstlerische und persönliche Freiheit in Polen noch keineswegs etwa mit der in Westdeutschland vergleichen: doch ist ein erster Schritt getan; weitere müssen folgen.

Jedenfalls ist es heute in Polen möglich, beispielsweise abstrakt zu malen, einen surrealistischen Film zu drehen, Zwölftonmusik zu schreiben und sich gegen die Ideale des „sozialistischen Realismus“ auszusprechen. Deswegen bemühen sich die polnischen Künstler unermüdlich um Kontakte mit Menschen und Werken des Westens, und der Westen hat die einzigartige Chance, zu helfen ...

In dieser Situation muß ein internationales Musikfest naturgemäß ein besonderes Gepräge erhalten, um so mehr als es ein Festival zeitgenössischer Musik war, das als „Warschauer Musikherbst“ acht Tage hindurch das Publikum der polnischen Metropole begeisterte. Um es gleich zu sagen: Nie habe ich ein so dankbares, offenes, begeisterungsfähiges und aufnahmebereites Publikum erlebt. Häufig war der Konzertsaal überfüllt. Man saß auf Treppentufen, drängte sich in den Gängen. Der Beifall erzwang viele Wiederholungen ... und alles das bei zeitgenössischer, oft selbst für das geschulte Ohr avantgardistischer Musik.

Eine Vorführung elektronischer Werke ohne Pflife — wie sie in Warschau stattfand — ist wohl ein Novum in der jungen Geschichte dieser technologischen Kunst. Das polnische Publikum besitzt genügend kritischen Verstand, um zwischen gut und schlecht zu unterscheiden.

Ich denke an das zweite Orchesterkonzert — im ersten hatte man, aufgeführt von Chor und Orchester der Nationalen Philharmonie, Werke von Schönberg, Berg, Prokofjew und eine Premiere von Tadeusz Baird gehört. Am Nachmittag hatte das Juilliard-Quartett mit Kompositionen von William Schuman, Baird, Webern und Bartok einen großartigen Erfolg, und nun dirigierte Herbert Kegel Chor und Orchester von Radio Leipzig. Unter anderem stand Schönbergs Kantate „Ein Überlebender von Warschau“ auf dem Programm. Sie mußte wiederholt werden.

Proteste gegen Dessau

Das Werk an diesem Ort zu hören, ist ein erschütterndes Erlebnis: Eine Viertelstunde von der Philharmonie entfernt, zwischen Ruinen, Schutthalden und Neubauten, erhebt sich das Getto-Denkmal, und wenn man es umschreitet, stößt der Fuß an einen zersplitterten Ober-schenkelknochen ...

Nach der Pause, die auf Schönbergs Stück folgte, betreten die Mitwirkenden das Podium, um Paul Dessaus Musik-epos „Die Erziehung der Hirse“ aufzuführen. Aber der Saal füllte sich nicht mehr; er blieb halbleer, und Dutzende verließen ihn noch während der Auf-führung. Es war eine ein-drucksvolle Demonstration gegen politische und noch dazu schlechte Musik — Dessaus Werk ist eine ins Heroische gezerrte Weill-Kopie zu einem

Text von Brecht, verherrlicht einen kasachischen Kollektivisten, der eine ertragreichere Hirseart züchtete.

Die Fülle der Namen — ich nenne nur Eisler, Hindemith, Miloslav Kabelac, Prokofjew, Bartok, Witold, Lutoslawski, Liebermann, Honegger, Kazimierz Serocki, Britten, Milhaud — umreißt die wirkliche Internationalität des Musikfestes und zugleich seine stilistische Spannweite.

Lutoslawskis Trauermusik war ein Höhepunkt, stark, durchdringend, konzentriert, ferner Malawskis an Bartok orientierte „Hungaria“ zum Andenken des ungarischen Aufstandes — was im Programmheft schamhaft verschwiegen, dem Publikum natürlich vertraut war.

Bücher und Schallplatten

Als Überraschung mußte der westliche Hörer eine Kammermusik von Wlodzimierz Kotonski und den „Epitaph“ für Chor und acht Instrumente von dem 1933 geborenen Henryk Gorecki empfinden, zwei Werke, die es durchaus mit den besten fortschrittlichsten der westlichen Avantgarde aufnehmen können, beide punktuell, knapp, ökonomisch und von einer überzeugenden Dichte und Geschlossenheit. Gleichsam am Rande des Festivals reiften einige Erkenntnisse: Der Weg für die polnische Musik — in Wiedergabe und Konzeption — zum wirklich internationalen Standard ist noch weit. Obwohl es sehr gute Dirigenten gibt — so Jan Krenz, Jahrgang 1926, und Andrzej Markowski, Jahrgang 1924 —, läßt die Qualität der Aufführungen noch zu wünschen übrig. Andererseits haben die polnischen Musiker und Komponisten denen des Westens manches voraus, wie die Hingabe, die undoktrinäre Aufnahmebereitschaft, die ehrliche Begeisterung ... Polen ist eine musikalische Nation.

Viel wäre noch zu erwähnen. Was jedoch vom Festival blieb, ist für das polnische Publikum das Bewußtsein, nicht mehr von den künstlerischen Ereignissen der westlichen Welt ausgesperrt zu sein.



BILDER DER WOCHE. Oben: In der Staatskutsche geleitete Königin Elizabeth ihren Gast, Bundespräsident Professor Heuss, vom Victoria-Bahnhof zum Buckingham-Palast. — Unten: Der Autobus und das Boot, das auf einen Tieflader montiert war, stießen um Haaresbreite auf einer englischen Landstraße zusammen. Millimeterarbeit der Fahrer verhinderte die ungewöhnliche Kollision.

